

UNI-REPORT

18. Juni 1976

JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT

Jahrgang 9 / Nr. 9

Mediziner-Bibliothek jetzt für alle zugänglich

Das Gebäude der ehemaligen Schwesternschule im Klinikum der Universität Frankfurt, eines der schönsten Häuser im Klinikgelände aus der Jahrhundertwende, ist im historischen Stil renoviert, umgebaut und für neue Zwecke nutzbar gemacht worden. Erstmals ist jetzt die medizinische Hauptbibliothek, Abteilungsbibliothek für Medizin der Stadt- und Universitätsbibliothek, angemessen untergebracht und dadurch der Öffentlichkeit zugänglich geworden. Weiterhin sind in dem Gebäude neue und bisher wenig bekannte Disziplinen der Medizin, die Allgemeinmedizin, die medizinische Soziologie und die Didaktik der Medizin untergebracht. Ferner ist die Geschichte der Medizin, die bislang im „Exil“ im Mehrzweckgebäude des Kerngebiets waren, eingezogen.

Bei einer Pressekonferenz stellten sich kürzlich die neuer Nutzer vor und führten anschließend die Journalisten durch das Gebäude. Erleichtert zunächst der Bibliotheksleiter, Prof. Dr. Clemens Köttelwesch: „Das Kellerdasein ist beendet!“ Denn 30 Jahre lang waren nach der Zerstörung des alten Bibliotheksgebäudes im letzten Weltkrieg die Reste der Bücher, viele durchnässt, verschimmelt oder angekohlt in Kellerräumen der Inneren Medizin I provisorisch untergestellt. Diese Bände und die Neuerwerbungen mußten auf 200 Quadratmetern untergebracht werden und waren dadurch schwer zugänglich. Nur 22 Arbeitsplätze standen für die Leser zur Verfügung. In der neuen Bibliothek stehen statt dessen 700 Quadratmeter mit 70 Arbeitsplätzen in hellen Räumen zur Verfügung.

Wie notwendig der Umzug war, verdeutlichte Köttelwesch an einigen Zahlen: Rund 60 000 Titel medizinischer Literatur sind vorhanden, rund 600 in- und ausländische Fachzeitschriften abonniert. In den wenigen Wochen seit dem Umzug ist die Nutzung dieser aktiven Fachliteratur um mehr als 100 Prozent gestiegen.

Mit dem Umzug hat die medizinische Hauptbibliothek aber auch an Bedeutung gewonnen, die über den Fachbereich Humanmedizin hinausgeht: sie ist die einzige öffentliche medizinische Bibliothek in Frankfurt und im Rhein-Main-Gebiet, sie kann also als medizinische Zentralbibliothek im hiesigen Raum bezeichnet werden.

Um den sich daraus ergebenden Anforderungen gerecht werden zu können, hält Prof. Köttelwesch den Ausbau des Informationszentrums, also die bessere Ausstattung der Handbibliothek mit Fachbibliographien und Nachschlagewerken für erforderlich, wozu bereits entsprechende Sondermittel bereitgestellt worden sind. Ferner plant er die baldige Umstellung der Katalogisierung mit Hilfe der Elektronischen Datenverarbeitung bei der Stadt- und Universitätsbibliothek, was die Erfassung der Neuerwerbungen an medizinischer Literatur im ganzen Fachbereich Humanmedizin in einem jährlich vorzulegenden Fachkatalog einschließt, und die Verbesserung der Informationstätigkeit durch den Anschluß an me-

dizinische Datenbanken beim Deutschen Institut für medizinische Dokumentation und Information in Köln.

Geschichte der Medizin

An Umfang zwar kleiner, dennoch aber ebenso bemerkenswert ist die zweite, in dem neuen Gebäude untergebrachte Bibliothek: die Spezialbibliothek der Geschichte der Medizin mit wertvollen bibliophilen Raritäten, die bei einem Tag der offenen Tür ausgestellt wurden. Die Disziplin „Geschichte der Medizin“ hat in Frankfurt eine wechselvolle Geschichte. Von 1926 bis 1935 bestand an der Universität Frankfurt am Main ein Seminar für Geschichte

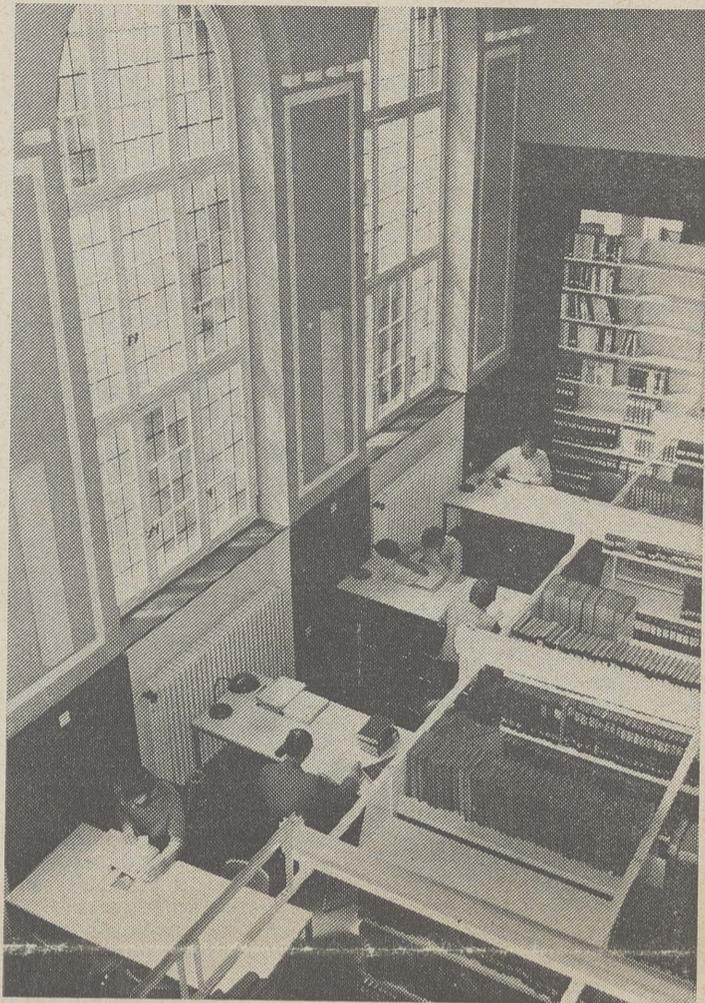
der Medizin. Sein Leiter, Prof. Dr. Richard Koch, mußte 1933 emigrieren.

Das Senckenbergische Institut für Geschichte der Medizin wurde 1938 an der Universität Frankfurt aus Mitteln der Dr. Senckenbergischen Stiftung gegründet und jahrelang von dieser getragen. Daher trägt es noch heute den Namen Senckenbergs. Nach dem 2. Weltkrieg wurde das Institut in den Landeshaushalt übernommen. Von 1938 bis 1971 wurde es von Prof. Dr. Walter Artelt geleitet, jetzt von Prof. Dr. Gert Preiser.

Das Arbeitsgebiet des Instituts ist die Geschichte der Medizin. Hierzu werden Vorlesungen und Seminarveranstaltungen abgehalten. Die Geschichte der Medizin ist nach der Approbationsordnung für Ärzte von 1970 Prüfungsfach. Besondere Forschungsschwerpunkte des Instituts bilden die altgriechische Medizin und die Medizin des 19. Jahrhunderts.

Die drei neuen Disziplinen im alten Haus sind zwar von ihrer personellen Ausstattung klein, gewinnen aber zune-

Fortsetzung auf Seite 2



Die Kapelle der ehemaligen Schwesternschule ist jetzt ein Lesesaal für Mediziner. Foto: Heisig

Personalratswahl angefochten

Der Präsident der Universität Frankfurt, Prof. Dr. Hans Jürgen Krupp, hat das Ergebnis der Personalratswahl (Kernbereich), die am 19. und 20. Mai durchgeführt wurde, beim Verwaltungsgericht angefochten. Der Grund für diese Wahlanfechtung ist die Zuordnung der Wissenschaftlichen Hilfskräfte und Tutoren zu der Gruppe der Wissenschaftlichen Bediensteten.

Gegen diese Zuordnung hatten bereits einige Bedienstete vor der Wahl Einspruch beim Wahlvorstand erhoben. Der Wahlvorstand hatte jedoch diesen Einspruch zurückgewiesen. Seine wichtigste Begründung für diese Zurückweisung war, daß die Wissenschaftlichen Hilfskräfte und Tutoren nach ihren Arbeitsverträgen Bedienstete des Landes Hessen, somit überhaupt wahlberechtigt seien, und daß sie gemäß ihrer Funktion in Forschung und Lehre sachlich der Gruppe der Wissenschaftlichen Bediensteten zuzuweisen seien (siehe Uni-Report Nr. 6 vom 6. 5. 1976).

Durch die Zuordnung der Wissenschaftlichen Hilfskräfte und Tutoren zur Gruppe der Wissenschaftlichen Mitarbeiter erhöht sich deren Zahl in der Weise, daß diese Gruppe sieben anstatt fünf Sitze im Personalrat erhält. Die zwei zusätzlichen Sitze gehen zu Lasten der Angestellten (bzw. in der Bezeichnung des Hessischen Universitätsgesetzes: der Sonstigen Mitarbeiter), die dadurch lediglich vier anstatt sechs Sitze im Personalrat haben.

Abgesehen von der rechtlichen Problematik der Zuord-

nung, bedauert der Präsident aus hochschulpolitischen Gründen diese Verschiebung der Sitzverteilung. Denn schon durch die Novellierung des Hessischen Universitätsgesetzes aufgrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Frage der Gruppenparitäten in den Selbstverwaltungs-

organen der Hochschulen würden die Mitwirkungsmöglichkeiten der Sonstigen Mitarbeiter eingeschränkt. Dies hat Präsident Krupp wiederholt als eine nachteilige Auswirkung der HUG-Novelle kritisiert. Um so unverständlicher erscheint es ihm, daß nun auch durch die Reduzierung der Sitze im Personalrat die Mitwirkungsmöglichkeiten der Sonstigen Mitarbeiter weiter ausgehöhlt werden sollen.

Rechtlich hält der Präsident die Zuordnung der Wissen-

schaftlichen Hilfskräfte und Tutoren zur Gruppe der Wissenschaftlichen Bediensteten deshalb für unzulässig, weil dadurch die Homogenität dieser Gruppe beeinträchtigt wird. Denn die Wissenschaftlichen Hilfskräfte und Tutoren sind im Gegensatz zu den Wissenschaftlichen Mitarbeitern im engeren Sinne nur stundenweise und nur kurzfristig (meistens nur für ein Semester) an der Universität beschäftigt. Nach Ansicht des Präsidenten ist es offensichtlich, daß allein aus diesem Grunde die Interessenlagen dieser Personengruppen unterschiedlich sind.

Dies lasse sich auch an der Wahlbeteiligung ablesen. Während nur etwa 25 Prozent der Wissenschaftlichen Hilfskräfte und Tutoren zur Urne gingen, beteiligten sich rund 50 Prozent der Wissenschaftlichen Mitarbeiter an der Wahl. Das Interesse der Wissenschaftlichen Hilfskräfte und Tutoren an der Mitwirkung über den Personalrat ist also weitaus geringer als das der Wissenschaftlichen Mitarbeiter. Der Präsident hält es für unververtretbar, daß trotz dieses geringen Interesses an der Personalratsarbeit die Zuordnung der Wissenschaftlichen Hilfskräfte und Tutoren ausschlaggebend dafür sein soll, daß die Repräsentation der Sonstigen Mitarbeiter, deren Wahlbeteiligung über 50 Prozent betrug, eingeschränkt wird.

Rückmeldung zum Wintersemester 1976/77

Das Sekretariat der Universität Frankfurt hat inzwischen alle Rückmeldeunterlagen an die Studenten verschickt. Wiederum besteht die Wahl zwischen der schriftlichen und der persönlichen Rückmeldung beim Sekretariat der Universität.

Die Mitarbeiter im Sekretariat bitten, sich möglichst frühzeitig zurückzumelden, am besten noch vor den Semesterferien. Dies liegt auch im eigenen Interesse der Studenten, die dadurch entweder langes Schlange stehen vor dem Sekretariat oder aber lange Wartezeiten bis zur Bearbeitung der Unterlagen vermeiden können.

Das Sekretariat ist geöffnet: montags bis freitags von 9 bis 12 Uhr.

Rückmeldefrist:
ab Zugang der Unterlagen

bis 16. 7. persönlich,
bis 10. 9. schriftlich.

Bibliothek...

Fortsetzung von Seite 1

mend durch die Umstrukturierung der medizinischen Ausbildung sowie durch die fachliche Spezialisierung an Bedeutung.

Medizinische Soziologie

Die Medizinische Soziologie, seit 1970 Prüfungsfach für Medizinstudenten, beschäftigt sich mit den Beziehungen zwischen Gesundheit und Umweltfaktoren, beispielsweise den Bedingungen in der Familie oder am Arbeitsplatz. An der Frankfurter Universität wurde zwar die erste Professur in Hessen für diese Disziplin eingerichtet (Prof. Dr. Hans-Ullrich Deppe), inzwischen aber ist sie in Hessen personell am schlechtesten ausgestattet. Abgesehen von den umfangreichen Lehrverpflichtungen sind die Frankfurter Medizinsoziologen an einem Projekt der Deutschen Forschungsgemeinschaft über die Professionalisierung von Ärzten beteiligt. Dabei interessiert sie die Frage, wann sich ein angehender Mediziner für seine berufliche Endposition (Tätigkeit am Krankenhaus, Facharztausbildung, Wissenschaftslaufbahn etc.) entscheidet. Im Gegensatz zu der bisherigen Annahme, daß diese Entscheidung bei der Studienwahl fällt, stellen sie fest, daß sich ein Mediziner erst im letzten Viertel seiner Ausbildung für seine berufliche Endposition entscheidet.

Didaktik der Medizin

Die Didaktik der Medizin wurde 1972 vom Fachbereich Humanmedizin als Arbeitsgruppe des Dekanats eingerichtet und hatte zunächst primär die Aufgabe, die neue Approbationsordnung für Ärzte von 1970 inhaltlich und organisatorisch umzusetzen. Sie berät den Fachbereich und die Studenten in allen Fragen des

der zunehmenden Spezialisierung der frei praktizierenden Ärzte entgegenzuwirken. Der Fachbereich Humanmedizin hat, um eine nicht unwesentliche Lücke in der Information der Medizinstudenten zu schließen, 1970 Lehrveranstaltungen über das Fachgebiet Allgemeinmedizin ins Leben gerufen und Lehraufträge (Dr. Hans Hayn) darüber vergeben. Sie dienen auch der Einführung in die Pflichtfamulatur nach der Pflichtenordnung, die die Studenten beim Examen nachweisen müssen. Die neuen Lehrveranstaltungen über Allgemeinmedizin sind nach einer gewissen Anlaufzeit bei den Studenten auf Interesse gestoßen und werden durchwegs gut besucht, obwohl ihr Besuch keine Pflichtveranstaltung ist. Im Laufe der Zeit sind sie durch entsprechende Beschlüsse der Fachbereichsorgane zu einem festen Bestandteil der Lehrpläne geworden und werden seit dem Sommer-Semester 76 auch in modifizierter Form den vorklinischen Semestern angeboten.

Verhandlungen über Stiftung

Es sind seit einiger Zeit Bestrebungen im Gang, ein der Universität angegliedertes Institut für Allgemeinmedizin zu gründen, um der Lehre und Forschung auf dem noch weitgehend unerforschten Gebiet der Allgemeinmedizin eine bessere Betätigungsmöglichkeit zu geben, als dies seither möglich gewesen ist. Die Mittel für die Gründung und Unterhaltung eines solchen Institutes stehen seit Ende 1975 durch eine Stiftung der Landesärztekammer Hessen und der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen für einen Zeitraum von 10 Jahren zur Verfügung. Die Träger der Stiftung erwarten, daß nach



Wertvolle alte Bücher in der Geschichte der Medizin. Foto: Bopp

Medizinstudiums und koordiniert die Unterrichtsplanungen der Zentren und Institute. Sie ist im Lehr- und Studienausschuß mit Antragsrecht vertreten.

Über die genannten Aufgaben hinaus ist die Didaktik der Medizin auf folgenden Arbeitsgebieten tätig:

Vorbereitung und Durchführung des 3. klinischen Studienabschnittes (sogen. Praktisches Jahr), Kapazitätsverordnung, Revision der Curricula für die einzelnen klinischen Studienabschnitte sowie Untersuchungen zur verstärkten Einbeziehung von Polikliniken in die Lehre.

Allgemeinmedizin

Die Allgemeinmedizin wurde als Disziplin eingeführt, um die primärärztliche Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten und so dem Trend

Ablauf dieser Frist die Universität in der Lage sein wird, das Institut aus ihrem Etat im Rahmen des Klinikums zu unterhalten und aus der Angliederung eine Eingliederung werden zu lassen, so wie das in früheren Jahren bei anderen medizinischen Instituten der Fall war.

Im neuen Haus des Klinikums hat der Fachbereich dem — de facto noch nicht existenten — Institut bereits 3 Räume zur Verfügung gestellt. Der Fachbereich steht mit dem Hessischen Kultusministerium in Verhandlungen über die juristischen und organisatorischen Fragen, die sich aus dem Stiftungsvorhaben ergeben. Indessen kommen diese Verhandlungen zwischen Ministerium und Universität nur sehr langsam voran, obwohl die schwierigste Frage — die der Finanzierung — bereits im Vorjahr eine Lösung gefunden hat.

Montag, 21. Juni

Hans-Ulrich Gumbrecht, Bochum:
Zu den Grundlagen einer handlungstheoretischen Literaturwissenschaft
16 Uhr, Raum 313 des Romanischen Seminars
Veranstalter: Prof. Dr. Brigitte Schlieben-Lange, Romanisches Seminar

*

H.-J. Reinhardt, Frankfurt:

Stabilitäts- und Konvergenzbegriffe bei Differenzverfahren für nichtlineare Anfangswertprobleme

16 Uhr, Kolloquiumsraum 711 des Mathematischen Seminars, Robert-Mayer-Straße 10
Veranstalter: Die Dozenten der Mathematik

Dienstag, 22. Juni

John Henize, Birlinghoven:

Die Entwicklung eines gesamtwirtschaftlichen Modells der BRD, um die Auswirkungen alternativer Arbeitsmarkt- und Anti-Inflationsmaßnahmen besser abschätzen zu können

9.15 Uhr, H 2, Mertonstraße 17
Veranstalter: Seminar für Treuhandwesen, Prof. Dr. Jörg Baetge

Mittwoch, 23. Juni

K. H. Müller, Frankfurt

Antrittsvorlesung: Iterationsverfahren und nicht-negative Matrizen
12.15 Uhr, Kolloquiumsraum des Mathematischen Seminars, Robert-Mayer-Straße 10
Veranstalter: Fachbereich Mathematik

*

E. Heppner, Frankfurt:

Zwei Anwendungen von Siebmethoden
16 Uhr, Kolloquiumsraum 711 des Mathematischen Seminars, Robert-Mayer-Straße 10
Veranstalter: Die Dozenten der Mathematik

*

Hans Detlef Mittelmann, Darmstadt:

Zur Konvergenz finiter Elemente bei einigen nicht gleichmäßig elliptischen Randwertproblemen

17.30 Uhr, Kolloquiumsraum 711 des Mathematischen Seminars, Robert-Mayer-Straße 10
Veranstalter: Die Dozenten der Mathematik

*

Herbert Siebenhüner, Würzburg:

Tizian „Herzog von Atri“ in Kassel (Vortrag aus Anlaß der 400. Wiederkehr des Todesjahres von Tizian)

18.15 Uhr, Hörsaal H 10
Veranstalter: Kunstgeschichtliches Institut

*

Rolf Sammet, Frankfurt:
Die Abhängigkeit von Investitionsentscheidungen in der chemischen Industrie von Fortschritten der Technologie

17.15 Uhr, Magnushörsaal des Instituts für Physikalische Chemie, Robert-Mayer-Str. 11
Veranstalter: Fachbereich Chemie

Veranstaltungen

Donnerstag, 24. Juni

Wolfgang J. Mommsen, Düsseldorf:

Neuere Interpretationen des Imperialismus. Ein Beitrag zu einer pluralistischen Imperialismustheorie

15.15 Uhr, Historisches Seminar, Raum 516a, Gräfrstraße 76
Veranstalter: Historisches Seminar

*

H. F. Wasgestian:

Untersuchungen an Chrom-Phthalocyaninen

17.15 Uhr, Magnus-Hörsaal (Eingang: Emil-Sulzbach-Str.)
Veranstalter: Die Dozenten der Physikalischen Chemie

Freitag, 25. Juni

Wolfram Hogrebe, Düsseldorf:

Semantische Archäologie, Perspektiven der Transzendentalphilosophie heute

20 Uhr, Seminarraum 4 des Fachbereichsgebäudes Dantestraße 4-6
Veranstalter: Fachbereich Philosophie

*

Charles Stegall, Bonn:
The Duality of Asplund Spaces and Spaces with the Radon-Nikodym Property

17.30 Uhr, Kolloquiumsraum 711 des Mathematischen Seminars, Robert-Mayer-Straße 10

*

Ralph Amayo, Connecticut:

Liealgebren vom Cartan-Typ
16 Uhr, Kolloquiumsraum 711 des Mathematischen Seminars, Robert-Mayer-Straße 10
Veranstalter:

Die Dozenten der Mathematik

Dienstag, 29. Juni

H. P. Fritz, München:
Anodische Substitutionsreaktionen

17.30 Uhr, Chemie-Mehrzweckgebäude Niederrad, Seminarraum 201
Veranstaltung im Rahmen des „Chemischen Kolloquiums Niederrad“

Mittwoch, 30. Juni

Herbert Gruhl, MdB, Bonn:

Die Erhaltung der natürlichen Ressourcen: Eine Überlebensfrage!

17.15 Uhr, Großer Hörsaal der Biologischen Institute, Siesmayerstraße 70
Veranstalter: Arbeitsgruppe Ökologie der Betriebseinheit Zoologie im Fachbereich 16

Forschungsförderung

Alexander von Humboldt-Stiftung

Sonderprogramm zur Ehrung von amerikanischen Naturwissenschaftlern für ihre bisherigen Leistungen in Forschung und Lehre durch Verleihung von „Awards“.

Dieser wissenschaftliche Preis wird an besonders qualifizierte amerikanische Naturwissenschaftler verliehen, die sich durch international anerkannte Forschungsarbeiten ausgewiesen haben. Die Initiative zur Verleihung eines „Awards“ an einen amerikanischen Wissenschaftler kann ausschließlich von führenden deutschen Wissenschaftlern und Forschungsinstituten ausgehen.

Im Rahmen dieses Programms werden ausschließlich „full professors“ „associate professors“ und „gleichrangige, außerhalb der Universitäten tätige amerikanische Wissenschaftler ohne Ansehen des Alters, der Rasse, der Religion und des Geschlechts ausgezeichnet, die auf den Gebieten der Mathematik, der Datenverarbeitung, der Physik, der Chemie, der Biologie, der Medizin, der Ingenieur- und Geowissenschaften und auf entsprechenden interdisziplinären Gebieten arbeiten.

Die Höhe dieses „Senior U.S. Scientist Award“ liegt zwischen 25 000 und 72 000 DM und berechtigt den mit diesem Preis ausgezeichneten Wissenschaftler für einen längeren Zeitraum Forschung eigener Wahl an Forschungsinstituten in der Bundesrepublik durchzuführen.

Deutsche Wissenschaftler, die deutschen Hochschul- und sonstigen Forschungsinstitute können qualifizierte amerikanische Wissenschaftler für diesen Preis jederzeit vorschlagen.

Bewerbungen seitens amerikanischer Wissenschaftler sind nicht möglich.

Die wissenschaftliche Qualifikation des vorgeschlagenen amerikanischen Naturwissenschaftlers muß weltweit anerkannt sein, z. B. durch Erfolge in der Forschung, positive Resonanz auf seine wissenschaftlichen Veröffentlichungen und als eingeladener Vortragender auf bedeutenden Konferenzen und Kongressen. Nähere Auskünfte bei der Alexander von Humboldt-Stiftung, Schillerstraße 12, 53 Bonn-Bad Godesberg, Telefon 0 22 21 / 36 30 21.

Der Wolf-Fonds

In Israel wurde durch Gesetz „Der Wolf-Fonds geschaffen, dessen Hauptzweck es ist, Preise an Wissenschaftler und Künstler in der ganzen Welt zu gewähren, welche sich durch ihre Errungenschaften zum Wohle der Menschheit und zur Förderung der brüderlichen Beziehungen zwischen den Völkern ausgezeichnet haben; dies unabhängig von Nationalität, Rasse, Farbe und Religion.

Es sollen jährlich 5 oder 6 Preise in Höhe von je mindestens 100 000 US-Dollar gewährt werden. Jeder Preis wird derjenigen Persönlichkeit übergeben, die sich während des ganzen Jahres in ihrer Arbeit oder durch eine Entdeckung bzw. Erfindung in den folgenden Gebieten ganz besonders hervorgetan hat: Landwirtschaft, Medizin, Physik, Chemie, Mathematik und Kunst. Die Hochschulen können dem Fonds Kandidaten für solche Preise vorschlagen.

Nähere Informationen bei Herrn Mußmann, Präsidialabteilung, Tel. 29 79 (Hausapp.), Juridicum, 10. Stock, Zi. 1064.

Vergabe der Plätze in NC-Studiengängen im SS

Studiengang	Höchstzahl für das 1. Fachsemester	Immatrikulation auf Grund ZVS-Zulassung	Immatrikulation durch Losverfahren der Universität	nach Abschluß des Verfahrens freigeblichen	
Studiengänge, deren Vergabeverfahren die ZVS durchführt					
Anglistik/Magister	64	25	6	33	
Betriebswirtschaftslehre/Diplom	69	58	11	0	
Chemie/Diplom	21	20	1	0	
Biologie/Diplom	0	0	0	0	
Geographie/Diplom	68	48	3	17	
Germanistik/Magister	114	87	4	23	
Geschichte/Magister	104	18	2	84	
Lebensmittelchemie/Diplom	10	10	0	0	
Mathematik/Diplom	43	14	3	26	
Medizin/Staatsexamen	180	180	0	0	
Pädagogik/Diplom und Magister	84	84	0	0	
Pharmazie/Staatsexamen	45	45	0	0	
Physik/Diplom	119	34	0	85	
Politologie/Promotion	17	13	1	3	
Psychologie/Diplom	39	39	0	0	
Rechtswissenschaft/Staatsexamen	280	262	15	3	
Romanistik/Magister	8	8	0	0	
Soziologie/Diplom	155	126	7	22	
Volkswirtschaftslehre/Diplom	33	25	8	0	
Wirtschaftspädagogik/Diplom	0	0	0	0	
Zahnmedizin/Staatsexamen	30	30	0	0	
Summe	1483	1126	61	296	20 %

Studiengang	Höchstzahl für das 1. Fachsemester	Immatrikulation auf Grund ZVS-Zulassung	Immatrikulation durch Losverfahren der Universität	nach Abschluß des Verfahrens freigeblichen	
Studiengänge, deren Vergabeverfahren die Hochschule durchführt					
Klass. Archäologie/Magister	9	8	—	1	
Geologie/Diplom	0	0	—	0	
Geophysik/Diplom	0	0	—	0	
Meteorologie/Diplom	0	0	—	0	
Mineralogie/Diplom	16	9	—	7	
Mittlere und Neuere Kunstgeschichte/Magister	74	30	—	44	
Musikwissenschaften/Magister	6	2	—	4	
Philosophie/Magister	23	20	—	3	
Sportwissenschaften/Magister	94	14	—	80	
Völkerkunde/Magister	36	16	—	20	
Volkskunde/Magister	0	0	—	0	
Vor- und Frühgeschichte/Magister	8	5	—	3	
Summe	266	104	—	162	61 %

Studiengang	Höchstzahl für das 1. Fachsemester	Immatrikulation auf Grund ZVS-Zulassung	Immatrikulation durch Losverfahren der Universität	nach Abschluß des Verfahrens freigeblichen	
Lehramt an Grundschulen					
Biologie	0	0	0	0	
Chemie	0	0	0	0	
Deutsch	20	19	1	0	
Englisch	10	7	0	3	
Erdkunde	0	0	0	0	
Französisch	0	0	0	0	
Geschichte	0	0	0	0	
Kunst	10	3	7	0	
Mathematik	13	7	3	3	
Musik	10	4	1	5	
Physik	0	0	0	0	
Sport	0	0	0	0	
Sozialkunde	10	2	0	8	
Summe	73	42	12	19	26 %

Studiengang	Höchstzahl für das 1. Fachsemester	Immatrikulation auf Grund ZVS-Zulassung	Immatrikulation durch Losverfahren der Universität	nach Abschluß des Verfahrens freigeblichen	
Lehramt an Haupt- und Realschulen					
Biologie	0	0	0	0	
Chemie	10	1	1	8	
Deutsch	25	23	2	0	
Englisch	30	13	3	14	
Erdkunde	20	11	4	5	
Französisch	20	5	2	13	
Geschichte	15	10	1	4	
Kunst	20	20	0	0	
Mathematik	15	13	2	0	
Musik	18	13	3	2	
Physik	14	9	0	5	
Sport	20	20	0	0	
Sozialkunde	30	24	3	3	
Summe	237	162	21	54	23 %

Studiengang	Höchstzahl für das 1. Fachsemester	Immatrikulation auf Grund ZVS-Zulassung	Immatrikulation durch Losverfahren der Universität	nach Abschluß des Verfahrens freigeblichen	
Lehramt an Gymnasien					
Biologie	0	0	0	0	
Chemie	15	6	0	9	
Deutsch	15	14	1	0	
Englisch	40	30	4	6	
Französisch	30	16	3	11	
Geographie	15	15	0	0	
Geschichte	25	17	3	5	
Mathematik	22	18	2	2	
Physik	15	13	1	1	
Sport	15	14	1	0	
Sozialkunde	20	20	0	0	
Summe	212	163	15	34	16 %

Studiengang	Höchstzahl für das 1. Fachsemester	Immatrikulation auf Grund ZVS-Zulassung	Immatrikulation durch Losverfahren der Universität	nach Abschluß des Verfahrens freigeblichen	
Lehramt an Sonderschulen					
	0	0	0	0	

Personalrat der Universität Frankfurt am Main

— Kernbereich —

Personalratsvorsitzender

Einladung zur Personalversammlung

am Dienstag, dem 29. Juni 1976, um 10 Uhr in der Camera, Gräfstraße

Tagesordnung:

1. Vorstellung des neuen Personalrates und seines Arbeitsverteilungsplanes
 - a) Vortrag des Arbeitsprogrammes
 - b) Bekanntgabe der Aufgaben der Ausschüsse durch ihre Sprecher
 - c) Vorschläge der Mitarbeiter für die Arbeit des Personalrates
2. Stellensperre — Einstellungsstopp — Mehrbelastung — Zeitarbeitsverträge
Unterstützung des Protestes gegen die Mittelkürzung für die Hilfskräfte und Tutoren
3. Stellung des Personalrates zum Verpflichtungsgesetz
4. Verschiedenes

Keine Zerstörung von Studienplätzen

Im Zusammenhang mit der Beantwortung einer Kleinen Anfrage des SPD-Abgeordneten Schnabel, die sich mit unbesetzten Studienplätzen an der Universität Gießen befaßt, kommt der Hessische Kultusminister Hans Krollmann zu dem Ergebnis, daß an der Gießener Justus-Liebig-Universität im vergangenen Wintersemester bereits eine mangelnde Nachfrage für die Lehramtsstudiengänge festzustellen ist: ca. 20 Prozent der zur Verfügung gestellten Plätze blieben unbesetzt.

Ein ähnliches Bild zeigt sich, so Minister Krollmann, an allen Hochschulen des Landes, die Lehramtsstudiengänge anbieten. Aus den statistischen Auswertungen der zentralen Vergabestelle in Dortmund geht hervor, daß im Wintersemester 1975/76 fast in allen Lehramtsfächern alle Bewerber, die das Fach mit erster Studiengangspräferenz angegeben hatten, zugelassen worden sind.

„Die veränderten Berufsaussichten haben binnen Jahresfrist in einem außerordentlichen Ausmaß auf das Bewerberverhalten durchgeschlagen“, sagte Minister Kroll-

mann. Trotz einer Reduktion der Lehramtsstudienplätze auf die Hälfte gegenüber dem Wintersemester 74/75 habe es im Wintersemester 75/76 bereits nicht mehr genügend Interessenten für diese Studiengänge gegeben.

Der Minister betonte in diesem Zusammenhang, es dürfe nicht verkannt werden, daß ein wichtiger Grund für mangelnde oder übergroße Nachfrage nach Studienplätzen nach wie vor die Einschätzung der Berufsaussichten bilde. Tendenzen, die bisher gegolten hätten, könnten sich, wie das Beispiel der Lehramtsstudiengänge zeige, rasch umkehren. Die Ungleichgewichte zwischen Angebot, Nachfrage und Bedarf, wie sie sich für Teilbereiche der Hochschulausbildung abzeichneten, machten es dringlich, durch Studienreform an den Hochschulen neue Akzente zu setzen.

Kultusminister Krollmann hält es jedoch keinesfalls für vertretbar, angesichts der geburtenstarken Jahrgänge, die Ende der 70er und während der 80er Jahre im Studentenalter stünden, Studienplatzzahlen im Hochschulbereich insgesamt zu verringern.

Internationales Symposium über Zyklenforschung

Das Astronomische Institut (im Institut für Angewandte Physik des Fachbereichs 13 — Physik) ist in Anerkennung der in diesem Institut ausgeführten Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der zyklischen Variationen der Sonnentätigkeit mit der Vorbereitung und Durchführung des Seventh International Interdisciplinary Cycle Research Symposium betraut worden, das in der Woche vom 27. Juni bis 3. Juli 1976 stattfindet. Das im Astronomischen Institut gebildete Organisationskomitee, das unter dem Vorsitz von Dipl.-Phys. Reinhardt Bartsch steht, hat als Tagungsort für das Symposium das Kurhaus Bad Homburg v. d. H. gewählt.

Über 80 Wissenschaftler aus 20 Ländern haben ihre Teilnahme zugesagt. Dem interdisziplinären Charakter des Symposiums entsprechend, behandeln die Referate Untersuchungen über Zyklen, die in astronomischen, biologischen, geologischen, geophysikalischen, klimatischen und meteorologischen Vorgängen auftreten, und auch die auf das

Zyklenstudium anzuwendenden mathematischen Verfahren. Kurze Inhaltsangaben der Referate werden ins Tagungsprogramm aufgenommen, ausführlich erscheinen die Referate später im Journal of Interdisciplinary Cycle Research (Verlag Swets & Zeitlinger, Amsterdam).

100 Millionen ab nach Kassel

Für die Gesamthochschule Kassel sollen in den kommenden vier Jahren rund 100 Millionen Mark bereitgestellt werden. Dies gab ein Sprecher der Landesregierung bekannt. Nach seinen Angaben hat das Land für den sechsten Rahmenplan des Hochschulbauförderungsgesetzes für das Jahr 1977 rund 21 Millionen Mark angemeldet. 1978 sollen 30 Millionen Mark und in den Jahren 1978 bis 1980 etwa 46 Millionen Mark nach Kassel fließen. 1975 und 1976 betragen die Aufwendungen für den Aufbau der Gesamthochschule 47 Millionen Mark.

Wissenschaftler im DZ begleiten Schulversuch

Seit dem vergangenen Herbst untersucht ein zweiköpfiges Team der Arbeitsstelle „Unterrichtsforschung und Schulversuche“ im Didaktischen Zentrum der Universität Frankfurt in Zusammenarbeit mit Lehrern, inwieweit Simulationsmethoden geeignet sind, Schülern Erfahrungsbereiche der Arbeits- und Wirtschaftswelt zu erschließen. Diese „wissenschaftliche Begleitung“ von Hans Joachim Lißmann und Dietmar Paul bezieht sich auf einen Modellversuch an fünf hessischen Gesamtschulen für den Lernbereich Polytechnik/Arbeitslehre.

In einer Informationsveranstaltung am 9. Juli stellten die beiden Wissenschaftler das Erkenntnisinteresse, die Anlage sowie die Grundstruktur des methodischen Instrumentariums dieser wissenschaftlichen Begleitung vor und wiesen auf erste Ergebnisse, Erfahrungen und Probleme des Vorhabens hin.

Zur Erprobung der Simulationsverfahren werden von Lehrergruppen, die an dem Modellversuch beteiligt sind, arbeitsteilig Curricula zu den Lernfeldern Produktion, Disposition und Distribution entwickelt. Die Aufgaben der wissenschaftlichen Begleitung konzentrieren sich im Interesse der Übertragbarkeit der Ergebnisse auf eine Analyse der Rahmenbedingungen, unter denen der Modellversuch steht. Zum anderen sieht sie sich aufgefordert sowohl zur Development-Hilfe als auch zur Rollen-Selbst-Reflexion der Erzieher.

Zu Beginn des Versuchs sollen an den beteiligten Schulen neben Erhebungen zur räumlichen, sächlichen und personellen Ausstattung des Versuchs Analysen zu Stand und Art an konkreten und unmittelbaren Erfahrungen der Schüler in den oben genannten Bereichen der Wirtschaftswelt und Arbeitswelt erfolgen. Diese Erfahrungen sind als einer der Bedingungsfaktoren für Konstruktion und Realisierungsmöglichkeit der curricularen Entwürfe sowie für die unterrichtliche Anwendung der Simulationsmethode innerhalb des jeweiligen Teilbereichs (Kontext, Zeitpunkt) zu betrachten.

Die wissenschaftliche Begleitung soll in enger Zusammenarbeit mit den am Versuch beteiligten Lehrern der Fragestellung und den Zielgruppen angemessene Erhebungsinstrumente entwickeln und die Auswertung organisieren.

Bei der Planung der Arbeit ist davon auszugehen, daß gegenwärtig didaktische Auswahlprozesse und die Konstruktion von Curricula — unter Orientierung an dem von den Handreichungen gegebenen Rahmen — wesentlich von Lehrern initiiert und entwickelt werden. Das bedingt, daß das Interesse der wissenschaftlichen Begleitung in dieser Phase des Modellversuchs vor allem folgenden Bereichen gilt:

- a) dem Verständnis der betreffenden Lehrergruppen von der Struktur und Relevanz der angesprochenen Erfahrungsbereiche und
- b) ihren Einstellungen gegenüber der didaktischen Hypothese, daß die Simulationsmethode ein geeignetes Verfahren ist, um Erfahrungsdefizite von Schülern gegenüber komplexen Vorgängen in der Wirtschaftswelt und Arbeitswelt zu reduzieren. Schließlich ist in diesem Zusammenhang das Verständnis der Curriculumkonstrukturen von der Struktur der angesprochenen Erfahrungsbereiche zu erheben.

Die wissenschaftliche Begleitung des Modellversuchs setzt somit an bei den konkreten und unmittelbaren Erfahrungen der Schüler mit dem anvisierten Unterrichtsgegenstand und dem Vorverständnis der Lehrer. Im Zuge des Prozesses der Curriculumentwicklung und -erprobung ist zu prüfen, wie sich die beiden Erfahrungen- und Einstellungskomplexe zueinander und in Bezug auf die im Unterricht angewandten Vermittlungsmethoden verhalten. Schließlich sind die spezifischen Konfigurationen der beiden Komplexe in den einzelnen Phasen des Versuchs immer wieder an der Realität der Wirtschafts- und Arbeiterwelt zu messen. In der Diskussion über die bisherigen Erfahrungen der wissenschaftlichen Begleitung dieses Modellversuchs zeigten sich auch die Schwierigkeiten, die auf Wissenschaftler zukommen, wenn Schulversuche untersucht werden: Da Schulver-

suche in der Regel von Lehrern durchgeführt werden, die nicht speziell für den neuen Lernbereich ausgebildet wurden, die ihre pädagogischen Erfahrungen statt dessen im traditionellen Rahmen gewonnen haben, erwarten sie von den Wissenschaftlern praktische Ratschläge für die Unterrichtsgestaltung, konfrontieren sie mit Fragen nach den neuen Lernzielen, hoffen auf Hilfen, ihre eigenen Defizite abzubauen. So wurde das Curriculum für den Modellversuch Polytechnik/Arbeitslehre von einer durch den Kultusminister eingesetzten Fachgruppe erarbeitet. In dieser Gruppe waren alle Bereiche, die in dem Fach Polytechnik/Arbeitslehre integriert werden sollen, abgedeckt. In der Praxis aber unterrichteten Lehrer der traditionellen Unterrichtsfächer Werken, Nadelarbeit und Hauswirtschaftslehre. Ihre Konzeptionen und Vorstellungen zum Lernbereich Polytechnik/Arbeitslehre sind unterschiedlich, sie haben selbst Defizite, insbesondere auf dem Gebiet der Ökonomie. All dies erschwert die Untersuchung des eigentlichen Gegenstandes, in diesem Falle die Frage nach der Wirksamkeit und der Übertragbarkeit von Simulationsmethoden im Schulunterricht.

Nachtrag zu „Eckdaten“

Am 6. Januar dieses Jahres hatte der Ständige Ausschuss für Lehr- und Studienangelegenheiten eine Rahmenordnung für Schulpraktika verabschiedet. Dadurch wurde eine Ergänzung der Stellungnahme des Beirats für Lehrerbildung zu dem Entwurf der Eckdaten des Hessischen Kultusministers für Studienordnungen der

lehrerbildenden Studiengänge erforderlich (vgl. Uni-Report Nr. 9 vom 5. 6. 1975). In seiner Sitzung am 3. 6. 1976 hat der Ständige Ausschuss für Lehr- und Studienangelegenheiten dem im folgenden abgedruckten Nachtrag des Beirates für Lehrerbildung zu den Eckdaten einstimmig zugestimmt.

Pkt.	Eckdaten des HKM vom 23. 1. 1974:	Vorschlag des Beirats vom 29. 1. 1976:	Anmerkungen, Begründungen:
3.3	Die schulpraktischen Studien erstrecken sich über zwei Semester-Wochenstunden und sind in der ersten Hälfte des Studiums im Rahmen der Wochenstunden des Kernstudiums und in der zweiten Hälfte des Studiums im Rahmen der Wochenstunden der Fachstudien abzuleisten. Ausgenommen hiervon sind Vorbereitung und Auswertung der Blockpraktika.		
8.	Im Rahmen der schulpraktischen Studien sind mindestens fünf Wochen Praktika in der vorlesungsfreien Zeit verpflichtend. Wird das Praktikum in Teileinheiten abgeleistet, beträgt die Praktikumszeit sechs Wochen. Praktika sind in den angrenzenden Semestern in entsprechenden Lehrveranstaltungen vor- und nachzubereiten. Praktika finden frühestens am Ende des dritten Semesters statt.	Im Rahmen der schulpraktischen Studien sind mindestens zweimal fünf Wochen (Lehramt Sonderschule: dreimal vier Wochen) Praktika in der vorlesungsfreien Zeit verpflichtend. Die Schulpraktika sind in den angrenzenden Semestern in entsprechenden Lehrveranstaltungen vor- und nachzubereiten. Sie finden frühestens nach dem zweiten Semester (Lehramt Sonderschule: nach dem ersten Semester) statt.	Punkt 8 soll durch nebenstehenden Vorschlag ersetzt werden Neue Formen der schulpraktischen Studien können erprobt werden.

Personalien

Psychologie

Prof. Dr. Viktor Sarris (Psychologie, insbesondere Allgemeine Psychologie) hat einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Psychologie an der Fernuniversität Hagen erhalten.

Prof. Dr. Viktor Sarris (Institut für Psychologie) erhielt von der Deutschen Forschungsgemeinschaft eine Sachbeihilfe zur Durchführung eines Forschungsprojekts: „Psychophysik und Skalierungsmodelle in der Psychologie“.

Prof. Dr. Viktor Sarris (Institut für Psychologie) hat für das WS 1976/77 Einladungen zu experimentellen Forschungsarbeiten an zwei amerikanischen Universitäten erhalten. Zunächst ist eine mehrmonatige tierpsychologische Arbeit über die „Perzeptive und kognitive Verhaltensrelativität bei Ratten und Tauben“ in Kooperation der Forschungsgruppe von Prof. Dr. M. E. Bitterman (Nachfolger des Physiologen und Nobelpreisträgers G. v. Békésy) am Laboratory of Sensory Sciences, University of Hawaii, USA, vorgesehen. Danach werden zusammen mit der Forschungsgruppe von Prof. Dr. A. Parducci, Depart-

ment Psychology, University of California at Los Angeles (UCLA), USA, experimentelle humanpsychologische Untersuchungen zur Wahrnehmungs- und Urteilsrelativität („Anchor and range effects in psychophysics“) durchgeführt.

Prof. Dr. Viktor Sarris (Institut für Psychologie) spricht auf Einladung im Rahmen des Symposiums „Modern trends in Psychophysics“ auf der XXI. Internationalen Tagung für Psychologie (18.—25. Juli 1976 in Paris) über das Thema: „In search of some representative designs of psychophysical judgment.“

Geschichtswissenschaften

Professor Dr. Alexander Fischer (Historisches Seminar/Osteuropäische Geschichte) wurde vom Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen als Mitglied des „Arbeitskreises für vergleichende Deutschlandforschung“ berufen.

Prof. Dr. Konrad Barthel, Oberstudienrat im Hochschuldienst, ist in den Ruhestand getreten.

Ost- und Außereuropäische Sprach- und Kulturwissenschaften

Prof. Dr. Horst Sellheim hält einen Vortrag auf dem 30. International Congress of Human Sciences in Asia and North-Africa, der vom 3. bis 8. August in Mexico City stattfindet.

Physik

Prof. Dr. Hartmut Haug (Theoretische Physik) wird auf Einladung von der Japan Society for the Promotion of Science vom 6. 7. bis 20. 8. 1976 als Gastprofessor an der Universität Tokio sein. Er wird mehrere Vorträge über die Theorie stark angeregter Halbleiter an den Universitäten Tokio, Kyoto, Nagoya und Sendai halten.

Chemie

Prof. Dr. Hartwig Kelm hat während des Monats Mai an den USA-Staatsuniversitäten New York, Illinois und California sowie an den Kanadischen Universitäten Calgary, Vancouver und Stanford Vorträge über Themen aus den Bereichen der Komplexchemie und der Hochdruckkinetik gehalten.

Geowissenschaften

Prof. Dr. Wilhelm Brinkmann ist in die Besoldungsgruppe H 3 eingewiesen worden. Sein Fach ist Hydrologie.

Helmut Funk feierte am 16. Juni sein 40jähriges Dienstjubiläum. Er war als Photograph zunächst im Pathologischen Institut beschäftigt und ist seit 1950 als vielseitiger und geschätzter Mitarbeiter vorzugsweise auf dem fotografischen Sektor im Geologisch-Paläontologischen Institut tätig. Seine Arbeiten genießen hohes Ansehen bei den Wissenschaftlern innerhalb und außerhalb der Universität.

Humanmedizin

Dr. Klaus Retiene ist die akademische Bezeichnung Honorarprofessor verliehen worden.

Dr. Roman Karschnia ist die akademische Bezeichnung Honorarprofessor verliehen worden.

Personalrat Kernbereich zum Verpflichtungsgesetz

Anlässlich der Aufforderung des Kanzleramtes gemäß den Ausführungsbestimmungen zum Verpflichtungsgesetz an die für das Wintersemester 1976/77 einzustellenden Tutoren und Hilfskräfte, eine sogenannte „Niederschrift über die förmliche Verpflichtung“ entsprechend § 1 Abs. 1–3 des Verpflichtungsgesetzes zu unterschreiben, betrachtet es der Personalrat im Interesse aller Bediensteten als seine Aufgabe, zum Verpflichtungsgesetz Stellung zu nehmen.

Das Verpflichtungsgesetz vom 2.3.1974, das seit dem 1.1.1975 in Kraft ist, ersetzt die nationalsozialistische „Verordnung gegen Bestechung und Geheimnisverrat nichtbeameter Personen“ aus dem Jahre 1943 und verschärft diese, indem sie diese auf alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst ausdehnt und durch die Umwandlung aus einer Kann- in eine Sollbestimmung die verschärfte Anwendung bestimmt. Danach sollen jetzt alle im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeiter und Angestellten zu „besonders Verpflichteten“ gegenüber dem Staat werden.

Dieses Verpflichtungsgesetz ist also ein Sondergesetz, das nur

Berichtigung:

In der Ausgabe Nr. 8/9 des Uni-Report vom 3. 6. 1976 ist eine Stellungnahme der Liste ÖTV im neugewählten Personalrat des Klinikums als „Erklärung des neugewählten Personalrates Klinikum“ veröffentlicht worden. Diese Kennzeichnung ist irreführend und unrichtig, da der Personalrat die anschließend angeführte Stellungnahme nicht beschlossen hat. Sie wäre als Erklärung des gesamten Personalrates anders zu formulieren gewesen.

auf Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst Anwendung findet.

Die Bedeutung der Verpflichtung liegt darin, die nichtbeamteten Beschäftigten im öffentlichen Dienst den Beamten gleichzustellen, allerdings nur, was die verschärfte Strafanforderung und das erhöhte Strafmaß bei Verstoß gegen allgemein geltende Strafvorschriften angeht. Die förmliche Verpflichtung bezieht sich dabei vorrangig auf solche Strafbestimmungen, die der Geheimhaltung dienen: Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes, Verletzung von Privatgeheimnissen, Verletzung von Dienstgeheimnissen u. a. Eine solche umfassende und dehnbare Geheimhaltungsverpflichtung läßt sich aber leicht dazu verwenden, jede öffentliche Stellungnahme von Beschäftigten im öffentlichen Dienst über die Zustände und Tätigkeiten am Arbeitsplatz als „Flucht an die Öffentlichkeit“ zu werten und mit Hinweis auf die besondere Verpflichtung und die Treue- und Schweigepflicht (entsprechend Beamtenrecht und anderen dienstrechtlichen Bestimmungen) zu unterbinden. Auf diese Weise kann an der Universität der gesamte Wissenschafts- und Forschungsbetrieb mit dem Mantel der Geheimhaltung zugeeckt werden. Die Anwendung des Verpflichtungsgesetzes selbst auf Tutoren und Hilfskräfte macht diese Gefahr besonders deutlich.

Dieses Gesetz ist eine weitere Maßnahme der Einschränkung von Rechten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und ist im Zusammenhang der politischen Anhörungen und politischen Entlassungen zu sehen. Es ist geeignet, ein Klima der Einschüchterung zu schaffen, das auch dem Personalrat seine Arbeit im Interesse der Belegschaft erheblich erschwert.

Zudem sollen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit ihrer Unterschrift ihr Einverständnis mit dem Verpflichtungsgesetz „in der jeweils geltenden Fassung“ erklären, d. h. im voraus alle zukünftigen Abänderungen und Ausweitungen des Gesetzes akzeptieren. Dies bedeutet aber, dem staatlichen Dienstherrn eine Blankovollmacht für alle möglichen rechtlichen Einschränkungen gegenüber den von ihm Beschäftigten zu erteilen.

Der Personalrat hält dieses Gesetz weder im Interesse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst noch im Interesse der Bevölkerung, von der der öffentliche Dienst immer weiter abgeschirmt und zum geheimen Dienst gemacht wird.

Der Personalrat wird über diese erste Stellungnahme hinaus das Verpflichtungsgesetz zum Tagesordnungspunkt der nächsten Personalversammlung am 29. 6. machen. Um dort allen Kollegen Gelegenheit zu Informationsfragen und Diskussion zu geben.

Anmerkung des Präsidenten

Wie sehr der Personalrat das Verpflichtungsgesetz überschätzt (oder unterschätzt sehen möchte), wird aus den wenig angemessenen Vergleichen mit „nationalsozialistischen Sondergesetzen deutlich. Das Gesetz enthält nichts anderes als den Hinweis auf ohnehin schon gültige Rechtsvorschriften. Von dem Einstellenden wird lediglich verlangt zu unterschreiben, daß er von diesen Vorschriften Kenntnis genommen hat. Man mag bedauern, daß es schon ausdrücklicher Verpflichtungen auf Selbstverständlichkeiten bedarf. Eine überzogene Kritik jedoch kann nur bewirken, daß sich die Urheber des Gesetzes in ihrer Sorge um das Selbstverständliche bestätigt fühlen.

Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie

Ziel des Vereins ist die Förderung neuer Konzepte für die vorsorgende und nachsorgende Behandlung psychisch Kranker. In dem Verein arbeiten Fachärzte, Psychologen, therapeutisches Personal und interessierte Laien aller Berufsgruppen zusammen. Arbeitsschwerpunkte für das Jahr 1976 sind:

Kulturelle Veranstaltungen und Theaterkreis im Zentrum der Psychiatrie



Laienberatermodell (Einrichtung einer weiteren Gruppe)



Wohngemeinschaften



Außerklinische Clubeinrichtungen, gemeinsam mit der „Zuflucht Frankfurt“ und dem „Sozialwerk Main-Taunus“



Bewegungstherapie (z. B. Tanz, Reiten)



Individuelle Hilfen durch Mitglieder (Arbeitsplatzsuche, Schreibarbeiten, Behörden, Telefondienst, Notdienst)



Informationsdienst für psychisch Kranke in Frankfurt über alle Veranstaltungen, Freizeitinitiativen (besonders an Wochenenden), Reise- und Feriendienste der sozialpsychiatrischen Dienste und Einrichtungen in Frankfurt („Institutionen“ und freie Initiativen)



Einsatz der Zivildienstleistenden auf geschlossenen Stationen (Mobile Bibliothek und Diskothek)

Wer daran interessiert ist, aktiv im Verein mitzuarbeiten oder ihn finanziell zu unterstützen, kann sich schriftlich oder telefonisch wenden an: Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e. V., Heinrich-Hoffmann-Straße 10, 6000 Frankfurt/M. 71, Tel. 63 01 52 42 oder 63 01 51 36.

Personalrat Klinik warnt vor Stellenkürzung

In den letzten Tagen ist durch Meldungen in Presse, Rundfunk und Fernsehen die Öffentlichkeit des Landes Hessen massiv irreführt worden: Es gäbe in den hessischen Universitätskliniken 1000 Planstellen zuviel, davon allein 480 in Frankfurt; dies sei das Ergebnis betriebswissenschaftlicher Überprüfungen.

Was wurde hier überprüft und wie ist man vorgegangen? Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) hat 1969 Richtzahlen veröffentlicht, die festlegen, daß in den Krankenhäusern auf eine bestimmte Zahl von Betten bestimmte Zahlen von Planstellen (Ärzte, Pflegepersonal, Angestellte usw.) kommen sollen. Bei dieser Berechnung wurden die Unterschiede zwischen den verschiedenen Krankentypen nicht berücksichtigt. Die DKG hat von vornherein

auf diesen Umstand hingewiesen und ist außerdem nach kurzer Zeit wieder von diesen Zahlen abgerückt.

Bei der veröffentlichten Begutachtung ist nicht die „Wirtschaftlichkeit“ der Kliniken, sondern die Übereinstimmung der Stellenausstattung mit diesen (betriebswissenschaftlich nicht haltbaren und überholten) Richtzahlen überprüft worden – durch kostspielige Aufträge an mehr oder weniger unerfahrene Privatfirmen.

Das obige Ergebnis war vorherzusehen, es hätten von den zuständigen Personalabteilungen durch einfache Rechenoperationen binnen weniger Stunden ermittelt werden können.

Jedermann weiß, daß Krankheit nicht gleich Krankheit (eine Blinddarmentzündung etwas anderes als ein Herzfehler) und daß Patient nicht

gleich Patient (z. B. ein jüngerer Mensch etwas anderes als ein älterer Mensch) ist und daß deswegen die den Richtzahlen zugrunde liegende Formel „Krankenhausbett = Krankenhausbett“ (die ein Bett in einem kleineren Krankenhaus gleichsetzt mit einem Bett in der Intensivstation einer Spezialklinik) falsch sein muß. Deswegen verbietet sich die schematische Anwendung von Richtzahlen für das gesamte Gesundheitswesen, zumal, wenn der Stand von 1960 bis 1969 technisch bereits überholt ist.

Bei der Auftragserteilung, der Durchführung und der Bewertung der Begutachtung haben die ärztlichen Direktoren, die Pflegedienstleitungen, die Verwaltungsorgane und die Personalvertretungen der Universitätskliniken einhellig den Sozialminister auf die Problematik des Verfahrens

hingewiesen und sachlich begründete Alternativen vorgeschlagen. Der Minister hat sich dennoch einseitig und ohne Abstrich auf diese Richtlinien festgelegt.

Die unkritische Veröffentlichung der „Ergebnisse“ des Prüfverfahrens ist eine Diskriminierung aller Mitarbeiter der Kliniken. Zum Klinik-Alltag gehören überfüllte Polikliniken, Wartezeiten bei Operationen und therapeutischen Maßnahmen, Überstunden, Urlaubsschwierigkeiten und Improvisationen in der Dienstorganisation bis an die Grenze des Vertretbaren einschließlich der vorübergehenden Schließung von Klinik-einrichtungen und Stationen. Jede Reduzierung der Stellenausstattung auf der Basis wirklichkeitsferner „Richtzahlen“ muß zur Folge haben, daß unsere Universitätskliniken ihre Aufgaben in Lehre

und Forschung, aber auch bei der Versorgung medizinischer Problemfälle und bei der Ausbildung qualifizierten Personals in absehbarer Zeit nicht mehr wahrnehmen können. Eine Gesundheitspolitik, die dies in Kauf nimmt, ist unmenschlich. Wenn Probleme der Haushaltssanierung über das Lebensrecht von Schwerstkranken gestellt werden, sind wir von einer „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ nicht mehr allzuweit entfernt. Will die Hessische Landesregierung diesen Vorwurf auf sich nehmen?

Anmerkung der Redaktion:

Inzwischen hat der Hessische Sozialminister Dr. Horst Schmidt energisch demotiviert, daß an den Hessischen Universitätskliniken rund 1000 Mitarbeitern bis zum Jahresende die Entlassung drohe.

Am **Institut für Kunstpädagogik** der Universität Frankfurt ist die Stelle eines

STUDIENRATS IM HOCHSCHULDIENTST

(A 13) zu besetzen.

Zu seinen Aufgaben sollen neben der Unterrichtstätigkeit in den Fächern Kunstpädagogik/Sonderschulpädagogik wissenschaftlichen Dienstleistungen im Sinne des § 45 HUG gehören.

Einstellungsvoraussetzungen: 1. und 2. Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien und einschlägige Erfahrung auf dem Gebiet der Kunstpädagogik mit Schwerpunkt Sonderschulpädagogik. Für Bewerber, die die Voraussetzungen zur Ernennung zum Studienrat nicht erfüllen — gedacht ist an Diplom-Pädagogen oder Diplom-Psychologen, die sich mit dem bildnerischen Gestalten des Kindes auseinandergesetzt haben — kommt eine auf 3 Jahre befristete Anstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter (BAT IIa) mit Dienstaufgaben nach § 45 HUG in Frage. Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird ihm dann Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insbesondere zur Arbeit an einer Dissertation gegeben (§ 45 HUG). Bewerbungen sind bis zum 31. 8. 1976 mit allen Unterlagen (Zeugnisse, eigene Arbeiten oder Schülerarbeiten, Veröffentlichungen) an den geschäftsführenden Direktor des Instituts für Kunstpädagogik, Sophienstraße 1—3, 6000 Frankfurt 90, einzureichen.

Im **Historischen Seminar, Fachbereich Geschichtswissenschaften**, ist für die Zeit vom 1. 10. 1976 — 30. 9. 1979 eine BAT II a-Stelle für einen

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS

zu besetzen.

Aufgabengebiet: Dienstleistungen für Lehrveranstaltungen zur Zeitgeschichte. Mitarbeit an Forschungen zu Fragen der jüngeren deutschen und englischen Geschichte. Unterstützung von Forschungsvorhaben zu Fragen der internationalen Beziehungen. Beteiligung an der wissenschaftlichen Verwaltung des Seminars. Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird dem wissenschaftlichen Mitarbeiter Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insbesondere zu Arbeiten an einer Dissertation/Habilitation gegeben (§ 45 HUG). Einstellungsvoraussetzungen: Abgeschlossenes Geschichtsstudium an einer wissenschaftlichen Hochschule. Gute Übersicht über die neuere und neueste Geschichte. Kenntnisse in mindestens zwei modernen Fremdsprachen.

Bewerbungen sind bis zum 6. 7. 1976 an den geschäftsführenden Direktor des Historischen Seminars, Senckenberganlage 31, 6000 Frankfurt am Main, zu richten.

Im **Institut für Pharmazeutische Chemie** ist ab sofort die Stelle eines

VERWALTUNGSANGESTELLTEN

(BAT VI b) wieder zu besetzen.

Der Bewerber soll nach erteilten Richtlinien vielfältige Verwaltungsaufgaben einschließlich der Bearbeitung der Rechnungen durchführen. Er hat die Handkasse zu verwalten und Inkassoarbeiten zu erledigen. Vom Bewerber wird außer den für die Ausfüllung der Stelle erforderlichen Kenntnissen gute Kontaktfähigkeit erwartet, weil er einen lebhaften Publikumsverkehr abzuwickeln hat.

Schriftliche Bewerbung mit Zeugnissen und Referenzangaben bis zum 30. Juni 1976 erbeten an das Sekretariat des Instituts für Pharmazeutische Chemie, Georg-Voigt-Straße 14, 6000 Frankfurt am Main.

Im **Institut für Pädagogische Psychologie im Fachbereich 5** der Johann Wolfgang Goethe-Universität ist zum 1. Oktober 1976 die Stelle einer

WISSENSCHAFTLICHEN HILFSKRAFT MIT ABSCHLUSS

zu besetzen.

Die Aufgaben umfassen die Mithilfe bei der Entwicklung eines Curriculums für Lehramtskandidaten. Kenntnisse empirischer Methoden der Pädagogischen Psychologie sind erwünscht.

Am **Seminar für Didaktik der Französischen Sprache und Literatur, Fachbereich 10**, ist ab 1. Oktober 1976 die Stelle einer

WISSENSCHAFTLICHEN HILFSKRAFT OHNE ABSCHLUSS

(50 Stunden) zu besetzen.

Aufgabengebiet: Seminardienst, Bibliotheksdienst, Unterstützung in Forschung und Lehre. Bewerbungen sind bis spätestens 29. Juni 1976 an den geschäftsführenden Direktor des Seminars für Didaktik der Französischen Sprache und Literatur, Georg-Voigt-Straße 4, zu richten.

Am **Deutschen Seminar** ist voraussichtlich ab 1. Oktober 1976 eine

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRAFT

(70 Stunden pro Monat) einzustellen.

Aufgaben: Unterstützung eines Hochschullehrers in Lehre und Forschung; anteilige Mitarbeit in Bibliothek und Geschäftszimmer. Bewerbungen bis zum 15. Juli über die Geschäftsführung des Deutschen Seminars an Prof. Bohn.

Im **Fachbereich Biologie (Betriebseinheit Zoologie)** ist ab sofort die Stelle eines

LABORANTEN (BAT VII)

zu besetzen.

Aufgabengebiet: Allgemeine Laborantentätigkeit in der Betriebseinheit Zoologie. Bewerbungen sind zu richten an den Dekan des Fachbereichs Biologie, Siesmayerstraße 70, 6000 Frankfurt am Main.

Am **Seminar für Didaktik der Französischen Sprache und Literatur, Fachbereich 10**, sind ab 1. Oktober 1976 zwei Stellen für

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRÄFTE OHNE ABSCHLUSS

(70 Stunden) zu besetzen.

Aufgabengebiet: Seminardienst, Bibliotheksdienst, Unterstützung in Forschung und Lehre. Bewerbungen sind bis spätestens 29. Juni 1976 an den geschäftsführenden Direktor des Seminars für Didaktik der Französischen Sprache und Literatur, Georg-Voigt-Straße 4, zu richten.

Am **Seminar für Didaktik der Französischen Sprache und Literatur, Fachbereich 10**, sind ab 1. Oktober 1976 zwei Stellen für

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRÄFTE OHNE ABSCHLUSS

(50 Stunden) zu besetzen.

Die Hilfskräfte werden jeweils einem Hochschullehrer des Seminars zugeordnet. Ihr Aufgabengebiet umfaßt Unterstützung in Forschung und Lehre. Für eine der beiden Stellen sind Italienischkenntnisse Voraussetzung. Bewerbungen sind bis spätestens 29. Juni 1976 an den geschäftsführenden Direktor des Seminars für Didaktik der Französischen Sprache und Literatur, Georg-Voigt-Straße 4, zu richten.

Im **Institut für Galenische Pharmazie (Fachbereich 15 Biochemie und Pharmazie)** ist zum 1. September 1976 die Stelle eines

AKADEMISCHEN RATES (A 13)

zu besetzen.

Aufgabengebiet: Mitarbeit bei der Vorbereitung, Planung und Durchführung der Praktika Arzneiformenlehre und Propädeutische Arzneiformenlehre; Betreuung wissenschaftlicher Sammlungen und der Arbeits-einrichtungen für Lehre und Forschung; wissenschaftliche Verwaltungs- und Organisationsarbeiten im Bereich des gesamten Aufgabengebietes.

Anforderungen an die Bewerber: Approbation als Apotheker, Promotion mit pharmazeutisch-technologischem Thema; mehrjährige Erfahrungen bei der Vorbereitung, Planung und Durchführung von Praktika der Arzneiformenlehre und Propädeutischen Arzneiformenlehre; mehrjährige Erfahrungen in der wissenschaftlichen Verwaltung von Arbeitseinrichtungen und Sammlungen für Lehre und Forschung im Bereich der Pharmazeutischen Technologie.

Bewerbungen sind bis zum 28. Juni 1976 zu richten an: Prof. Dr. K. Thoma, Institut für Galenische Pharmazie, Georg-Voigt-Straße 16, 6000 Frankfurt am Main, Tel. 06 11 - 7 98 25 62.

Im **Fachbereich Wirtschaftswissenschaften** ist voraussichtlich ab 1. 9. 1976 zunächst für 1 Jahr die Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS (BAT II a)

zu besetzen.

Der Mitarbeiter soll im Rahmen des von der DFG geförderten Forschungsprojektes „Entscheidungsprozessanalyse“ bei empirischer Forschung im Team mitarbeiten.

Anforderungen: Abgeschlossenes Hochschulstudium, möglichst Promotion; Kenntnisse in empirischer Forschung, insbesondere Meßtheorie, Multivariate Verfahren, Vorbereitung und Durchführung von Felderhebungen.

Erwünscht sind ferner Erfahrungen auf dem Gebiet der Datenverarbeitung.

Bewerbungen richten Sie bitte an: Prof. Dr. W. Müller, Professur für ABWL, insbesondere Risiko und Versicherung, Mertonstraße 17, 6000 Frankfurt am Main.

Das **Institut für Bankhistorische Forschung** sucht

STUDENTIN ODER STUDENTEN

der Bankbetriebslehre für Büroarbeiten.

Bezahlung als wissenschaftliche Hilfskraft bei monatlicher Arbeitszeit von 80 Stunden.

Interessenten können sich bei Frau Eckardt, Telefon 7 98 - 21 41, melden.

Für die Verwaltungsabteilung **Zentrale Datenverarbeitung (ZDV)** suchen wir zum 1. 7. 1976 oder später einen

DV-ORGANISATOR/ANWENDUNGS-PROGRAMMIERER

der folgende Aufgaben haben wird:

IST-Analyse, Systemplanung, Detailorganisation, Programmierung, Einführung, Pflege der DV-gestützten Verwaltungssysteme mit Schwerpunkt auf der programmtechnischen Seite.

Die ZDV betreut im wesentlichen die DV-Verwaltungssysteme:

Kassenwesen (Löhne, Vergütung, DÜVO, Gebühren), Studentenverwaltung, Telefonabrechnung, Wahlen und Klinikum.

Der Bewerber soll über mehrjährige Erfahrung in der Programmierung und DV-Organisation und über ein hohes Einfühlungsvermögen in die Probleme der Verwaltungsabteilung verfügen.

Wir arbeiten mit einer EDV-Anlage IBM/370-125 DOS/VS mit POWER.

Geboten werden: eine Vergütung bis BAT IV a, je nach Erfahrung und Ausbildung und die üblichen sozialen Leistungen des öffentlichen Dienstes.

Weitere Informationen sind über Herrn Sanadar, Telefon (06 11) 7 98 - 28 32, einzuholen. Die Bewerbungen sind mit Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnisabschriften zu richten an den Kanzler der Universität Frankfurt, Schumannstraße 58, 6000 Frankfurt am Main 1.

Im **Fachbereich Psychologie — Institut für Psychologie** ist die Stelle eines

AKADEMISCHEN TUTORS

für 6 Wochenstunden für die Veranstaltung „Experimentell-psychologisches Praktikum“ (Prof. Zoltbrocki) zu besetzen.

Voraussetzungen: Diplom in Psychologie und einschlägige Erfahrungen.

Bewerbungen sind bis zum 23. 6. 1976 an den geschäftsführenden Direktor des Instituts für Psychologie der Universität Frankfurt, Kettenhofweg 128, 6000 Frankfurt am Main, zu richten.

Im **Fachbereich Psychologie — Institut für Psychologie** — ist zum WS 1976/77 die Stelle eines

AKADEMISCHEN TUTORS

mit 4 Wochenstunden für die Mitarbeit an den Übungen zur Anamnese und Exploration (Prof. Degenhardt) zu besetzen.

Bewerbungen sind bis zum 23. Juni 1976 zu richten an den geschäftsführenden Direktor des Instituts für Psychologie der Universität Frankfurt, Kettenhofweg 128, 6000 Frankfurt am Main.

Im **Fachbereich Psychologie — Institut für Psychologie** — ist zum WS 1976/77 die Stelle eines

STUDENTISCHEN TUTORS

(4 Wochenstunden) zu besetzen.

Der Tutor soll begleitende Veranstaltungen zu der Lehrveranstaltung „Psychologische Statistik I“ (deskriptive Statistik, Grundlagen der Wahrscheinlichkeitsrechnung, Einführung in die Inferenzstatistik) durchführen.

Bewerbungen werden bis zum 23. Juni 1976 erbeten an den geschäftsführenden Direktor des Instituts für Psychologie der Universität Frankfurt, Kettenhofweg 128, 6000 Frankfurt am Main.

Am **Institut für Kristallographie und Mineralogie** kann ein

STIPENDIUM MIT PROMOTIONS-MÖGLICHKEIT

des Instituts Laue-Langevin, Grenoble/Frankreich, besetzt werden.

Gesucht wird ein Kristallograph oder Diplom-Chemiker mit Erfahrungen auf dem Gebiet der Röntgenstrukturbestimmung.

Nähere Auskunft: Prof. Dr. H. Fueß, Institut für Kristallographie und Mineralogie, Senckenberganlage 30, 6000 Frankfurt am Main, Tel. 7 98 - 31 03.

Im **Fachbereich Psychologie, Institut für Psychoanalyse**, ist frühestens zum 1. August 1976 für die Dauer von 3 Jahren die Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS (BAT II a)

zu besetzen.

Aufgabengebiet: Mitarbeit in Lehre und Forschung. Anforderungen an die Bewerber: Diplom in Psychologie, Lehnanalyse erwünscht.

Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird dem wissenschaftlichen Mitarbeiter Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insbesondere zur Arbeit an einer Dissertation, gegeben (§ 45 HUG).

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen bis zum 1. Juli 1976 erbeten an den geschäftsführenden Direktor des Instituts für Psychoanalyse, Senckenberganlage 15, 6000 Frankfurt am Main.

Im **Historischen Seminar, Osteuropäische Geschichte**, ist ab 1. 9. 1976 die Stelle einer

WISSENSCHAFTLICHEN HILFSKRAFT OHNE ABSCHLUSS

zu besetzen mit dem Aufgabengebiet: Hilfsarbeiten in Lehre und Forschung und in der Seminarverwaltung.

Der Bewerber sollte gute Kenntnisse in Russisch, Polnisch oder Tschechisch haben und osteuropäische Geschichte studieren. Monatliche Arbeitszeit: 80 Stunden. Bewerbungen sind bis spätestens 30. 6. 1976 an Herrn Professor Dr. Alexander Fischer zu richten.

Im **Institut für Jugendbuchforschung des Fachbereiches 10 (Neuere Philologien)** ist ab sofort die Stelle einer

SEKRETÄRIN (Halbtags) BAT VI b

zu besetzen.

Bewerbungen sind zu richten an das Institut für Jugendbuchforschung, Georg-Voigt-Straße 10, Telefon 7 98 / 35 64.

Im **Fachbereich 1 Rechtswissenschaft** ist bei der Professur Geerds (Kriminologie, Kriminalistik, Strafrecht, Strafprozeßrecht) zum 1. 8. 1976 die Stelle einer

WISSENSCHAFTLICHEN HILFSKRAFT

zu besetzen.

Aufgabengebiete: Mitwirkung bei der Betreuung der Bücherei sowie der wissenschaftlichen Arbeit am Lehrstuhl. Mitwirkung bei der Betreuung von Übungen.

Voraussetzungen: Abgeschlossenes Studium der Rechtswissenschaften, möglichst mit überdurchschnittlichen Leistungen, insbesondere in den Fachgebieten des Lehrstuhls.

Die Vergütung erfolgt in Höhe von 50 v. H. der Dienstbezüge der 1. Dienstaltersstufe der Besoldungsgruppe A 13 HBesG.

Bewerbungen sind bis zum 30. 6. 1976 mit den üblichen Unterlagen an Professor Dr. Friedrich Geerds, 6000 Frankfurt am Main, Senckenberganlage 31 zu richten.

Kampf gegen den Krebs

Ein chemisch noch nicht identifizierter Blutbestandteil, der sogenannte Transferfaktor, ist vielleicht ein Hoffnungsschimmer für die erfolgreiche Behandlung von bestimmten Krebserkrankungen, kann sich aber ebensogut auch als Seifenblase erweisen. Dies ist das Fazit eines Werkstattgesprächs auf dem 17. Jahreskongress der Deutschen Gesellschaft für Bluttransfusion und Immunhämatologie in Frankfurt.

An der Frankfurter Universitätsklinik untersuchte eine Gruppe unter der Leitung der Oberärztin Dr. Christa Schneider Kontaktpersonen von Patienten mit bestimmten Krebserkrankungen (beispielsweise Melanom, Leukämie),

von denen man gesichert weiß, daß sie vermehrt gegen Tumorzellen gerichtete körpereigene Abwehrstoffe bilden.

Aus den weißen Blutkörperchen dieser Kontaktpersonen – beispielsweise den Kindern von Krebskranken – wird der Transferfaktor gewonnen, indem man die weißen Zellen isoliert, einfriert und wieder auftaut. Dadurch bilden sich innerhalb der Zellen Eiskristalle, die die Zellen „sprengen“. Die weißen Zellen geben dann eine hellbraune, zur Ribonukleoproteidklasse gehörende Substanz ab, die mit Hilfe einer Membrane heraus-

gefiltert wird und die später dann die Krebskranken eingespritzt bekommen, um auch bei ihnen die Abwehrkraft der weißen Zellen gegen Krebs zu stimulieren.

Wie Christa Schneider auf dem Kongress berichtete, wurden in den letzten dreieinhalb Jahren an der Frankfurter Klinik bereits etwa 300 Melanom-Patienten verschiedener Stadien mit dem Transferfaktor behandelt. Sie zeigten „ein Vielfaches der Reaktionsstärke“ gegen Tochtergeschwulstbildungen. Bis jetzt steht jedoch noch nicht endgültig fest, ob und wie der Transferfaktor wirkt.

Verfahren für die Stellenbewirtschaftung

„Keine Teilnahme“

Nicht am 10. Mai, wie im letzten Uni-Report vom 3. Juni zu lesen war, sondern am 14. Mai wurde der Student Gerhard Strecker unter dem Verdacht, eine Brandbombe geworfen zu haben, durch die ein Polizist lebensgefährlich verletzt worden war, festgenommen. Der ASTA-Vorsitzende Wolfgang Bock legt Wert auf die Feststellung, daß die Formulierung „Strecker wurde bei der Demonstration... festgenommen“ irreführend ist. Sie erwecke den Eindruck, als habe Strecker an der Demonstration teilgenommen. Dazu stellt die Redaktion fest, daß durch das Wort bei keine Aussage darüber getroffen werden sollte, ob Strecker zu den Teilnehmern oder Zuschauern der Demonstration gehörte. Daher hier die Korrektur, die auch vom ASTA-Vorsitzenden akzeptiert wird: Strecker wurde im Zusammenhang mit der Demonstration am 14. Mai unter dem Verdacht... festgenommen.“

Der Ständige Haushaltsausschuß (Ausschuß III) der Universität Frankfurt hat sich in seiner Sitzung am 10. Juni erneut mit der Frage der Stellenbewirtschaftung befaßt und dabei seine früheren Beschlüsse in einigen Punkten geändert. Nunmehr gilt folgende Regelung:

1. Die Fachbereiche und sonstigen Einrichtungen können von freierwerbenden und der Stellenbewirtschaftung unterliegenden Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter und sonstiges Personal 50 v.H. in eigener Kompetenz wieder besetzen.
2. Die hierdurch jeweils verbleibenden 25 v.H. der Stellen werden zentral durch den Ständigen Ausschuss III bewirtschaftet, um in der Regel bei auftretenden Härtefällen ausgleichen zu können.
3. Anträge auf Freigabe von Stellen durch den Ständigen Ausschuss III sind an den Präsidenten zu richten, der sie mit Stellungnahme dem Aus-

schuß zur Entscheidung vorlegt.

4. Anträge, bei denen es sich offensichtlich nicht um Härtefälle handelt (Routineanträge), legt der Präsident dem Ausschuss nicht vor. In diesen Fällen unterrichtet der Präsident den Ausschuss.

5. Der Beschluß H 3.45/2 vom 18. Dezember 1975 wird aufgehoben.

6. Dieses Verfahren gilt für alle am 1. Mai 1976 freien und nach diesem Zeitpunkt freierwerbenden Stellen, soweit sie der Stellenbewirtschaftung unterliegen.

7. Anträge für Stellen, die vor diesem Zeitpunkt freigeworden sind (bereits eingetretene Härtefälle) können bis zum 31. Mai 1976 gestellt werden.

8. Zuweisungen von Stellen (= zusätzliche Freigaben) als Härtefälle werden bei der weiteren Handhabung des Verfahrens berücksichtigt.

9. Der Ständige Ausschuss III überprüft dieses Verfahren zum Jahresende.

Nächster Uni-Report im WS

Dieses ist die letzte Nummer des Uni-Report im Sommersemester. Während der Semesterferien erscheint keine Ausgabe. Die nächste Nummer ist für die zweite Oktoberhälfte vorgesehen. Die Erscheinungstermine des Uni-Report im Wintersemester 1976/77 mit jeweiligem Redaktionsanschluß werden zuvor per Rundschreiben bekannt gegeben.

Aus gegebenem Anlaß weist die Redaktion noch einmal darauf hin, daß Stellenausschreibungen, die im Uni-Report veröffentlicht werden sollen, vom Kanzler abgezeichnet werden müssen.

Regeln zur Überprüfung

Die vom Bundeskabinett beschlossenen Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue bei der Einstellung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst sind jetzt auch von der hessischen Landesregierung übernommen worden. Das teilte der Sprecher der Landesregierung, Hartmut Miegel, vor Journalisten in Wiesbaden mit. Nach Angaben Miegels sollen bei der Entscheidung darüber, ob ein Bewerber die für die Einstellung in den öffentlichen Dienst erforderliche Gewähr der Verfassungstreue bietet, einheitlich acht Verfahrensgrundsätze beachtet werden:

1. Die Einstellungsbehörden sind verpflichtet, Bedenken, die gegen die Einstellung eines Bewerbers sprechen, und die dafür erheblichen Tatsachen schriftlich mitzuteilen.
2. Der Bewerber hat das Recht, sich hierzu mündlich oder schriftlich zu äußern.
3. Findet ein Anhörungsgespräch statt, muß ein Protokoll geführt werden, in das dem Bewerber auf Antrag Einsicht zu gewähren ist.
4. Die Mitwirkung eines Rechtsbeistands ist auf Antrag des Bewerbers zu gestatten. Sie muß sich aber auf die Beratung des Bewerbers und auf Verfahrensfragen beschränken.
5. Die Entscheidungszuständigkeit in den Fällen, in denen die Eignung des Bewerbers nicht festgestellt werden kann, soll bei der obersten Dienstbehörde, d. h. also

grundsätzlich beim politisch verantwortlichen Minister, liegen.

6. Ablehnende Entscheidungen dürfen nach den Grundsätzen nur auf gerichtsverwertbare Tatsachen gestützt werden.

7. Einem Bewerber, der nicht in den öffentlichen Dienst aufgenommen wird, muß die Ablehnungsbegründung unter Angabe der dafür maßgeblichen Tatsachen, zumindest auf seinen Antrag hin, schriftlich mitgeteilt werden. Der Ablehnungsbescheid muß eine Rechtsmittelbelehrung enthalten.

8. Den anfrageberechtigten Stellen dürfen nur solche gerichtsverwertbaren oder vorhaltbaren Tatsachen mitgeteilt werden, die Zweifel an der Verfassungstreue eines Bewerbers begründen können.

UNI-REPORT

Zeitung der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

Herausgeber: Der Präsident der Universität Frankfurt

Redaktion: Andrea Fülgraff und Reinhard Heisig, Pressestelle der Universität, Senckenberganlage 31, 6000 Frankfurt am Main. Telefon: (06 11) 7 98 - 25 31 oder 24 72. Telex: 04 13 932 unif d.

Druck: Union-Druckerei, 6000 Frankfurt am Main.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Uni-Report erscheint alle 14 Tage am Donnerstag mit Ausnahme der Semesterferien. Die Auflage von 15.000 Exemplaren wird an die Mitglieder der Universität Frankfurt am Main verteilt.

Das Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft sucht zum 1. Juli 1976 oder später eine

SEKRETÄRIN (BAT VIb)

Der Tätigkeitsbereich umfaßt die weitgehend selbständig zu leistende allgemeine Sekretariatsarbeit, die Abwicklung studentischen Publikumsverkehr sowie die Möglichkeit zur Mitwirkung in der akademischen Selbstverwaltung.

Vorausgesetzt werden unter anderem gute Steno- und Schreibmaschinenkenntnisse und Berufserfahrung in vergleichbaren Stellungen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind innerhalb einer Woche nach Erscheinen zu richten an den geschäftsführenden Direktor des Institutes für Allgemeine Erziehungswissenschaft der J. W. Goethe-Universität, Feldbergstraße 42, 6000 Frankfurt am Main 1.

Im Institut für Geochemie, Petrologie und Lagerstättenkunde (FB Geowissenschaften) ist ab 1. September 1976 eine Stelle für eine

STUDENTISCHE HILFSKRAFT

mit einer Arbeitszeit von 60 Stunden pro Monat zu besetzen.

Aufgaben: Assistenz in Vorlesungen und Übungen, Hilfsarbeiten in der Gesteinssammlung (besonders während der vorlesungsfreien Zeit).

Bewerbungen sind umgehend zu richten an: Professor Dr. K. v. Gehlen, geschäftsführender Direktor des Institutes für Geochemie, Petrologie und Lagerstättenkunde, Ffm., Senckenberganlage 28.

Im Fachbereich Biologie (Betriebseinheit Zoologie) ist die Stelle einer

TECHNISCHEN ASSISTENTIN (BAT Vc)

zu besetzen. Arbeitsgebiet: Mitarbeit bei Stoffwechselphysiologischen Untersuchungen. Erfahrung im Umgang mit Gas-Analysatoren erwünscht.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden bis 30. Juni 1976 erbeten an den Dekan des Fachbereichs Biologie der Universität Frankfurt, Siesmayerstraße 70.

Im Fachbereich Neuere Philologien (Seminar für Didaktik der deutschen Sprache und Literatur) sind für die Zeit vom 1. Oktober 1976 bis 31. März 1977 Stellen für

STUDENTISCHE HILFSKRÄFTE

zu besetzen (80 Monatsstunden).

Aufgabengebiete: Aufgaben bei der Vorbereitung von Unterrichtsveranstaltungen. Voraussetzung: 4 Semester. Schreibmaschinenkenntnisse erforderlich.

Bewerbungen werden bis spätestens 25. 6. 76 erbeten an: Seminar für Didaktik der deutschen Sprache und Literatur, Georg-Voigt-Straße 12, Sekretariat. Telefon 7 98 25 98.

Im Institut für Anorganische Chemie der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Niederursel, ist die Stelle eines

AKADEMISCHEN RATS/OBERRATS (A13/14)

zum 1. 8. 1976 zu besetzen.

Aufgabenbereich des Stelleninhabers: Leitung des Röntgenlaboratoriums (Röntgenbeugungs- und fluoreszenzgeräte), Einweisung von Mitarbeitern in den Betrieb der Geräte und die zugehörigen Auswertungsverfahren, Beteiligung an Forschungsarbeiten des Instituts und Mitwirkung im Anorganischen Grund- und Fortgeschrittenenpraktikum der Chemiestudenten. Promovierte Bewerber, die über Erfahrungen in Kristallographie, Festkörperchemie, elektronischer Datenverarbeitung und/oder Elektronik verfügen, werden gebeten, ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen an das Dekanat des Fachbereichs Chemie, Robert-Mayer-Straße 7-9, 6000 Frankfurt am Main, zu richten.

Im Fachbereich Biologie (Betriebseinheit Zoologie) ist die Stelle eines

TECHNISCHEN ASSISTENTEN

ab 1. 10. 1976 zu besetzen. Eine BAT-V b-(IV b-)Stelle steht hierfür zur Verfügung.

Aufgabenbereich: wissenschaftliche Tierzucht, Vorlesungsassistenz, Praktikumsassistenz.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden erbeten an den Dekan des Fachbereichs Biologie der Universität Frankfurt, Siesmayerstraße 70.

Bei der Liegenschafts- und Technischen Abteilung ist die Stelle eines

SICHERHEITSBEAUFTRAGTEN (BAT VIb)

zu besetzen.

Aufgabengebiet: Unfallschutz, Brandschutz, Umweltschutz.

Kenntnisse und Erfahrungen auf diesen Gebieten sind erwünscht.

Bewerbungen sind zu richten an den Kanzler der Universität Frankfurt, Schumannstraße 58, 6000 Frankfurt am Main 1.

Im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften ist ab sofort die Stelle einer

WISSENSCHAFTLICHEN HILFSKRAFT

ohne Abschluß mit 80 Stunden monatlich zu besetzen.

Aufgabengebiet: Wissenschaftliche Hilfsarbeiten im Rahmen des Dekanats des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften.

Bewerbungen sind zu richten an den Dekan des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften, Senckenberganlage 15, 6000 Frankfurt am Main.

Am Forschungsreaktor Frankfurt ist ab 1. 7. 1976 die Stelle einer

STRAHLENSCHUTZTECHNIKERIN

(BAT Vc) zu besetzen.

Aufgabengebiete: Allgemeine Strahlenschutzaufgaben, z. B. Messung von Personendosen, Messung von Strahlenfeldern und Kontrolle der Radioaktivität in der Umgebung des Reaktors, Mithilfe bei der Entwicklung neuer Strahlenschutztechniken.

Geforderte Qualifikation: Physikalisch-Technische oder Chemisch-Technische Assistentin mit staatlicher Anerkennung.

Eine zusätzliche Ausbildung in Strahlenschutztechnik wird am Reaktor erteilt.

Bewerbungen sind zu richten an: Forschungsreaktor Frankfurt, Ständige technische Betriebseinheit der Johann Wolfgang Goethe-Universität, August-Euler-Straße 6, 6 Frankfurt am Main.

Forschungsgruppe Medizin stellt ihre Arbeit ein

Die Forschungsgruppe Kapazitätsverordnung Medizin an der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main, hat Ende Mai 1976 ihre Arbeit eingestellt und sich aufgelöst.

Die Forschungsgruppe war im März 1975 gegründet worden, um ein vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft veranlaßtes Projekt durchzuführen, durch welches Verfahren und Ergebnisse der Ermittlung der Ausbildungskapazitäten im Studiengang Humanmedizin untersucht wurden. Der Forschungsbericht „Analyse und Bewertung von Daten und Methoden zur Kapazitätsermittlung“ aufgrund des Vorlaufs zur Kapazitätsverordnung im Studiengang Humanmedizin, der im Oktober 1975 vorgelegt wurde, ist durch teilweise Veröffentlichung weithin bekannt geworden.

Keine Urabstimmung

Entgegen einem Beschluß des Studentenparlaments, gleichzeitig mit der Neuwahl des Studentenparlaments eine Urabstimmung über eine Änderung der Satzung der Studentenschaft hinsichtlich der Wahl von Fachschaftsvertretungen durchzuführen (s. letzten Uni-Report vom 3. Juni 1976), wurde diese Urabstimmung vertagt. Dies vorwiegend aus zeitlichen, d. h. organisatorischen Gründen.

Hessen: Antrag beim Bundesverfassungsgericht

Die Hessische Landesregierung hat beim Bundesverfassungsgericht Normenkontrollantrag gestellt, mit dem Ziel, die Zulassungsregelung des Hochschulrahmengesetzes für teilweise nichtig zu erklären. Die Landesregierung wendet sich dagegen, daß die für die Studienplatzvergabe zu bildenden Landesquoten überwiegend nach dem Bevölkerungsanteil bemessen werden sollen. Nach § 32 Abs. 3 Nr. 1 des Hochschulrahmengesetzes sind die Landesquoten zu zwei Dritteln nach dem Anteil eines Landes an der Gesamtzahl der Achtzehn- bis unter Einundzwanzigjährigen und nur zu einem Drittel nach dessen Anteil an der Gesamtzahl der Studienbewerber zu berechnen.

Hessen hat wegen dieser Bestimmung dem Hochschulrahmengesetz bereits im Bundesrat seine Zustimmung versagt. Die Neuregelung wird, falls die vorgesehene Landesquoten erstmals zum Wintersemester 1977/78 gebildet werden, zu einer erheblichen Benachteiligung hessischer Studienbewerber führen. Da in Hessen der Bewerberanteil wesentlich über dem Anteil an den Achtzehn- bis unter Einundzwanzigjährigen liegt, wird in allen Studienfächern mit bundesweiter Zulassungsbeschränkung für hessische Bewerber von vornherein ein zu schweres Studienplatzkontingent zur Verfügung stehen. Verglichen mit ihren Mitbe-

Insbesondere bei einer großen Zahl von Verwaltungsstreitverfahren gegen eine Reihe von Universitäten wegen Nichtausschöpfung der Ausbildungskapazitäten in der Medizin wurden die Aussagen und Daten dieses Berichtes herangezogen. Zum Teil erfolgte eine beträchtliche Erhöhung der Zahl der Studienplätze durch Gerichtsbeschlüsse, welche wiederum in einigen Ländern zwischenzeitlich bei der Höchstzahlfestsetzung berücksichtigt wurden.

Aufgrund von Anregungen und Beschlüssen aus den Gremien der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) beantragte die Forschungsgruppe Anfang Februar 1976 beim Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BUBW) die Finanzierung eines weiteren Projekts mit dem Arbeitstitel „Analyse und Bewertung von Daten und Methoden zur Kapazitätsermittlung im Studiengang Zahnmedizin auf der Grundlage der Kapazitätsverordnung“.

Nachdem das Projekt Mitte Mai 76 durch dem BMBW bewilligt worden war, mußte die Forschungsgruppe die Bewilligung zurückgeben, da der zeitliche und inhaltliche Rahmen für Erhebung und Auswertung durch Vorgaben, insbesondere der Vertreter der Länder in den ZVS-Gremien, stark eingeengt wurde. Dies geschah gegen eindeutige Voten sowohl der Forschungsgruppe als auch der an den Beratungen beteiligten Vertreter der Hochschulen und

Fachvertreter der Hochschul-lehrer der Zahnmedizin.

Obwohl diese Entwicklung aus der Sicht der Forschungsgruppe sowohl im Hinblick auf die Interessen der Hochschulen als auch der Studienbewerber sehr zu bedauern ist, sind durch die gesetzten Vorgaben die Voraussetzungen für eine sachgerechte Projektbearbeitung nicht mehr gegeben, so daß auch ein Einsatz öffentlicher Gelder nicht vertretbar erscheint.

Gegenüber den bislang am Projekt beteiligten Institutionen und Personen hat die Forschungsgruppe ihren Standpunkt in einer ausführlichen Erklärung erläutert. (Erkl. der Forschungsgruppe)

Hochschullehrer wollen sich nicht unter Druck setzen lassen

Die Hochschullehrer wollen sich nicht vom Staat unter Druck setzen und reglementieren lassen. Sie erwarten von ihm Vertrauen und wollen dies mit Ehrlichkeit honorieren. Das war das Resümee, das der neugewählte Vizepräsident des Hochschulverbandes, Prof. Dietrich Schultz (Saarbrücken), aus der Diskussion des 26. Hochschulverbandstages in Bielefeld zog. Er war sich mit seiner Forderung mit dem Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK), Prof. Werner Knopp und dem Hauptreferenten der Tagung, Prof. Dr. Max Scheer (Würzburg), völlig einig.

Im Mittelpunkt des Verbandstages stand einmal die von den Ländern beabsichtigte und heftig umstrittene Neuregelung und Vereinheitlichung der Lehrverpflichtungen, zum anderen ging es um die aktuelle in die Diskussion gekommene Forderung nach weitgehender Öffnung der Hochschulen Prof. Scheer, der Beiratsmitglied der Dortmunder Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) ist, legte zehn Thesen vor, die von der Mehrheit der 100 Delegierten bejaht wurden.

Vorrangig heißt es darin, die Regellehrverpflichtung müsse eine Bandbreite erhalten, die von einer angemessenen



Am 25. Juni veranstaltet das Zentrum für Hochschulsport ein Sommerfest mit kleinen Turnieren in verschiedenen Sportarten. In der Zeit von 17.00 bis 19.00 Uhr wird allen Mitgliedern der Universität Gelegenheit zur sportlichen Betätigung gegeben. Die Halle 3 steht Kindern zwischen 5 und 12 Jahren zur Verfügung (mit Aufsicht). Um 18.00 Uhr beginnt ein großes Sommerfest, zu dem alle eingeladen sind. Der Eintritt ist frei. Foto: Heisig

Lehrverpflichtung ausgehe. Sie müsse eine obere Grenze haben, die unter Würdigung aller Aufgaben der Hochschullehrer „noch zumutbar“ sei. Um den Aufwand für die Ausbildung eines Studenten in einem Fach zu beschreiben, so heißt es in der These zwei, genüge es, wenn für Zwecke der Kapazitätsermittlung festgelegt werden. Bei der Ermittlung und Festlegung dieser sogenannten „Curricular-Richtwerte“ müßten Hochschule und Staat zusammenwirken. Die gemeinsame Abstimmung dürfe dabei nicht mehr unter dem Druck stehen, daß sich aus den Richtwerten unmittelbar die Höchstzahlen für die Aufnahme von Studenten ergeben. Fachliche Gesichtspunkte und nicht zuletzt auch der internationale Vergleich, sollten bei der Festsetzung der Richtwerte endlich wieder die richtige, die „entscheidende“ Rolle spielen.

In These fünf heißt es, aus der Personalausstattung, den normalen Lehrdeputaten und den Curricular-Richtwerten ergebe sich die Zahl der Studierenden, die bei „vernünftiger Auslastung“ eines Faches pro Jahr aufgenommen und voll ausgebildet werden könnten. Dieses Verfahren zur Bestimmung der Ausbildungskapazität ist nach Meinung von Prof. Scheer nicht mehr mit überflüssigen Einzelheiten belastet. Es sei im Gegensatz zum „Formelwerk“ der Kapazitätsverordnung“ vielleicht sogar verständlich und einseitig.“

Scheer setzte sich angesichts der zu erwartenden geburtenstarken Altersjahrgänge auch für die Einführung eines „Überlast-Faktors“ als Notzuschlag ein. Nur so könnten die Hochschulen vermeiden, daß ihre erschöpfende Auslastung für die Lehre zum „Normalzustand“ werde. Die Höhe des möglichen Überlast-Faktors hänge entscheidend davon ab, wie vernünftig die normale Ausbildungskapazität festgelegt werde. Die mit diesem Faktor festgesetzten Höchstzahlen müßten im Schnitt eine deutliche Erhöhung im Vergleich zu den bisherigen

Ergebnissen der Kapazitätsermittlung bringen.

WRK-Präsident Prof. Dr. Knopp hob hervor, daß die „Notzeiten“ an den Hochschulen noch 15 bis 20 Jahre dauern könnten. In seinem Diskussionsbeitrag sprach er die „Weg-von-Dortmund-Bewegung“ an, unter der die Herausnahme von Fachbereichen aus dem derzeitigen Numerus-clausus-Verfahren zu verstehen ist. Nach Meinung der Delegierten des Hochschulverbandes sollten nur die noch „harten“ Numerus-clausus-Fächer, wie Medizin oder Zahnmedizin, der ZVS anvertraut werden. Dazu meinte Prof. Knopp allerdings, der Preis für die Herausnahme von Fächern aus dem ZVS-Verfahren müsse die Bereitschaft der Hochschullehrer zum Risiko sein.

Weiterbildung

Zum neuen Funkkolleg „Literatur“, das Mitte Oktober 1976 beginnt, wird im Didaktischen Zentrum ein Begleitkurs für alle Universitätsmitglieder, auch Studenten, angeboten. Es findet dienstags von 16.30 bis 18.00 Uhr im Raum 140 des Turms (I. Stock) statt. Anmeldung: Turm, Raum 239 (II. Stock) (Arbeitsstelle Fernstudium und Weiterbildung). Auch Anmeldeformulare für das Funkkolleg selbst sind dort erhältlich.

Die Englischkurse für Universitätsmitarbeiter werden auch im Wintersemester 1976/77 im Sprachlabor des Didaktischen Zentrums weiter durchgeführt. Für die neu Hinzukommenden ist ein Einstufungstest am 19. 10. 1976 im Turm, Raum 122, vorgesehen. Anmeldung zum Anfängerkurs ab 21. 6. im Raum 231. Auskunft bei Dr. Kujaw, Didaktisches Zentrum, Turm, Raum 231, Tel. 37 97.

Die Volkshochschule Frankfurt beginnt ihr Arbeitsjahr 1976/77 am 6. September. Der offizielle Lehrplan dazu erscheint erst am 18. August. Er kann in der Arbeitsstelle Fernstudium und Weiterbildung, Turm, Raum 239, eingesehen werden. Anmeldungen für Kurse der VHS sind voraussichtlich ab 30. August bis 18. September möglich.

Praktikum-Anerkennung für Pädagogikstudenten

Laut Beschluß des Instituts für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung vom 4. Mai 1976 werden Praktika von Pädagogikstudenten mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik oder Erwachsenenbildung anerkannt, wenn Beginn und Beendigung der Praktika bei der Praktikumsberatungsstelle gemeldet werden (Feldbergstraße 42 im Parterre. Die Sprechstunden hält Gisela Rothe jeweils mittwochs von 10 bis 11.30 Uhr). Die Studenten werden dann an die zuständigen Lehrenden weitervermittelt. Das Institut für Sozial-

pädagogik und Erwachsenenbildung ist daran interessiert einen genaueren Überblick über die Praktika zu gewinnen, um sie künftig inhaltlich sinnvoller strukturieren zu können.

Pupille-Programm

Vom 18. bis 20. Juni und 22. bis 27. Juni zeigt die Pupille den Film „Celine und Julie fahren Boot“. Die Vorstellungen beginnen um 20 Uhr. Die Eintrittspreise sind vier Mark für Studenten und fünf Mark für andere.